

Antrag 81/I/2026**Abt. 08/13 Buckow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Europäische Zahlungslösung „Wero“ stärken – Digitale Souveränität, Verbraucherschutz und wirtschaftliche Resilienz sichern**

1 Die SPD und ihre Vertreter*innen in den Parlamenten, Mi-
 2 nisterien und Senaten setzt sich auf Landes- und Bundes-
 3 ebene dafür ein, dass alle staatlichen Stellen, Unterneh-
 4 men der öffentlichen Hand sowie sonstige öffentliche In-
 5 stitutionen des Landes Berlin und des Bundes, die mit Bür-
 6 gerinnen und Bürgern oder Unternehmen in finanziellen
 7 Beziehungen stehen und Zahlungen für Dienstleistungen
 8 entgegennehmen, schnellstmöglich die europäische digi-
 9 tale Zahlungsplattform Wero als zusätzliche Bezahlalter-
 10 native einführen.

11

12 Dies gilt insbesondere für Behörden und öffentliche Ein-
 13 richtungen wie Bezirksämter, KfZ-Zulassungsstellen, Fi-
 14 nanzbehörden sowie öffentliche Unternehmen wie die
 15 Deutsche Bahn, sofern sie digitale Zahlungswege anbie-
 16 ten.

17

Begründung

19 Die digitale Transformation muss sozial, demokratisch
 20 und souverän gestaltet werden. Als Sozialdemokratinnen
 21 und Sozialdemokraten stehen wir für wirtschaftliche Stär-
 22 ke, soziale Sicherheit und demokratische Kontrolle zentra-
 23 ler Infrastrukturen. Der Zahlungsverkehr ist Teil dieser kri-
 24 tischen Infrastruktur.

25

26 Derzeit sind digitale Bezahlprozesse in hohem Maße ab-
 27 hängig von außereuropäischen, gewinnorientierten Fi-
 28 nanzkonzernen wie PayPal, Visa oder American Express.
 29 Diese Abhängigkeit wirft nicht nur wettbewerbs- und ver-
 30 braucherpolitische Fragen auf, sondern betrifft auch un-
 31 sere strategische Handlungsfähigkeit als europäische De-
 32 mokratien.

33

34 Mit „Wero“ existiert eine europäische Zahlungslösung, die
 35 geeignet ist, Wertschöpfung, Datenhoheit und Innovati-
 36 onskraft in Europa zu halten. Eine starke europäische Zah-
 37 lungsinfrastruktur bedeutet:

- 38 • mehr Resilienz gegenüber geopolitischen Spannun-
 39 gen,
- 40 • besseren Schutz sensibler Zahlungsdaten,
- 41 • faire Wettbewerbsbedingungen für europäische
 42 Anbieter,
- 43 • und langfristig stabile Rahmenbedingungen für
 44 Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unter-
 45 nehmen.

46

47 Für ihren Erfolg braucht es jedoch eine breite Verfügbar-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD und ihre Vertreter*innen in den Parlamenten, Mi-
 nisterien und Senaten setzt sich auf Bundesebene dafür
 ein, dass alle staatlichen Stellen, Unternehmen der öffent-
 lichen Hand sowie sonstige öffentliche Institutionen des
 Bundes, die mit Bürgerinnen und Bürgern oder Unterneh-
 men in finanziellen Beziehungen stehen und Zahlungen
 für Dienstleistungen entgegennehmen, schnellstmöglich
 die europäische digitale Zahlungsplattform Wero als zu-
 sätzliche Bezahlalternative einführen.

Dies gilt insbesondere für Behörden und öffentliche Ein-
 richtungen wie Landesämter, Finanzbehörden sowie öf-
 fentliche Unternehmen wie die Deutsche Bahn, sofern sie
 digitale Zahlungswege anbieten.

48 keit im Alltag. Die öffentliche Hand trägt hierbei eine be-
49 sondere Verantwortung. Staatliche Institutionen müssen
50 Vorbild und Impulsgeber sein, wenn es darum geht, eu-
51 ropäische Alternativen zu stärken und Abhängigkeiten zu
52 reduzieren.

53

54 Indem öffentliche Einrichtungen „Wero“ als gleichberech-
55 tigten Zahlweg anbieten, setzen sie ein klares Zeichen
56 für digitale Souveränität, wirtschaftliche Eigenständigkeit
57 und eine solidarische europäische Integration.

58

59 So verbinden wir Modernisierung mit Verantwortung – im
60 Sinne einer starken, sozialen und handlungsfähigen De-
61 mokratie.